

NIEDERSCHRIFT
der 34. öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 10.08.2017

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste
Ort: Ratssaal Am Kloster 1

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:00 Uhr

Bestätigte Tagesordnung

- | | | |
|--------|---|-------------|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Stadtrates und der Beschlussfähigkeit | |
| TOP 2 | Verpflichtung eines Stadtratsmitgliedes auf die gewissenhafte Erfüllung der Amtspflichten | |
| TOP 3 | Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung | |
| TOP 4 | Einwohnerfragestunde | |
| TOP 5 | Entscheidung über Einwendungen und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung des Stadtrates | |
| TOP 6 | Bericht über die von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse | |
| TOP 7 | Berufung Ortswehrleiter und stellvertretender Ortswehrleiter Weißenfels der Freiwilligen Feuerwehr | 118/2017 |
| TOP 8 | Abberufung und Neuberufung eines sachkundigen Einwohners im Stadtentwicklungsausschuss | 136/2017 |
| TOP 9 | Verleihung der Ehrenbezeichnung "Verdiente Bürgerin" der Stadt Weißenfels | 137/2017 |
| TOP 10 | Neubau Straßenbeleuchtungsanlage A.-Lortzing-Str. u. Teilstück Th.-Müntzer-Str. | 099/2017 |
| TOP 11 | Vorkaufrechtssatzung Gewerbegebiet „Am Sandberg“ | 122/2017 |
| TOP 12 | Bebauungsplan Nr. 13 "Lützener Platz" der Stadt Bad Dürrenberg - Stellungnahme der Stadt Weißenfels | 129/2017 |
| TOP 13 | Stellungnahme zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr.10 Gewerbegebiet "Am Hohen Stein 2" der Gemeinde Schönburg | 135/2017 |
| TOP 14 | 1. Sachliche Teiländerung (Fortschreibung) des Flächennutzungsplanes der Stadt Mücheln - Stellungnahme der Stadt Weißenfels | 128/2017 |
| TOP 15 | Optionserklärung zum Umsatzsteuergesetz | 123/2017 |
| TOP 16 | Antrag der Fraktion DIE LINKE - Prüfung der Einordnung der Straßen vor Entstehung der Beitragspflicht | 033(VI)2017 |

TOP 17	Antrag der Fraktion DIE LINKE: Prüfung auf korrekte Einordnung der Großen Deichstraße hinsichtlich des Straßentyps	036(VI)2017
TOP 18	Antrag der Fraktion Bündnis für Gerechtigkeit/GRÜNE auf Akteneinsicht zum Bauvorhaben "Am Löbicken Anger"	038(VI)2017
TOP 19	Beantwortung von Anfragen	
TOP 20	Mitteilungen und Anfragen	
Nichtöffentlicher Teil		
TOP 1	Grundstücksangelegenheiten	138/2017
TOP 2	Anfragen und Mitteilungen	
Öffentlicher Teil		
TOP 21	Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse	
TOP 22	Schließung der Sitzung	

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Stadtrates und der Beschlussfähigkeit

Der Stadtratsvorsitzende Herr Freiwald eröffnet die Sitzung. Auf die Frage nach der Ordnungsmäßigkeit der Ladung erklärt Herr Walther, dass zum TOP 18 – Antrag der Fraktion BfG-WV/GRÜNE auf Akteneinsicht – die aufgeführten Anlagen nicht beigelegt waren. Durch den Vorsitzenden sei deshalb über die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu entscheiden.

Der Stadtratsvorsitzende bestätigt, dass 2 aufgeführte Anlagen nicht fristgerecht übergeben worden sind. Er informiert über die Möglichkeit, mit dem Einverständnis des Stadtrates den genannten Tagesordnungspunkt trotzdem zu behandeln. Ansonsten müsse dieser auf die nächste Sitzung verschoben werden. Die Fraktion BfG-WV/GRÜNE wird gebeten, sich zu dieser Frage zu positionieren. Herr Walther erklärt dazu, dass es sich um einen grundsätzlichen Formfehler gemäß der Geschäftsordnung des Stadtrates handle. Insoweit sei die Option, nur diesen Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu verschieben, nicht gegeben. Die Tagesordnung sei nicht teilbar sondern müsse im Ganzen behandelt werden oder gar nicht. Er übergibt die schriftlichen Einwendungen der Fraktion.

Der Stadtratsvorsitzende verliest den Wortlaut der Einwendung. Er stellt fest, dass damit von der Fraktion formell die ordnungsgemäße Einberufung gerügt wird. Als Konsequenz wird der TOP 18 von der Tagesordnung abgesetzt.

Es sind 36 Mitglieder anwesend. Es besteht Beschlussfähigkeit.

2. Verpflichtung eines Stadratsmitgliedes auf die gewissenhafte Erfüllung der Amtspflichten

Herr Freiwald informiert über die Mandatsniederlegung von Herrn Michael Spengler zum 31. 7. 2017. Dazu ist gemäß KVG LSA kein Beschluss des Stadtrates mehr erforderlich. Nachrücker ist Frau Elvira Herger. Frau Herger wird auf die Erfüllung der Amtspflichten gemäß §§ 30, 32, 33, und 34 KVG LSA verpflichtet. Diese Pflichtenbelehrung wird hiermit aktenkundig gemacht.

3. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Gotthelf erklärt, dass vor einem Jahr bei einer gleichartigen Situation vom Rechtsamt festgestellt worden sei, dass der Stadtrat bei einem Formmangel nicht rechtssicher durchgeführt werden könne und die Sitzung abubrechen sei, es sei denn, dass sich eine Fraktion bereit erklärt, den Tagesordnungspunkt mit Mangel zurückzunehmen. So stehe es in der Geschäftsordnung. Die Fraktion BfG-WV/GRÜNE halte die Tagesordnung und die darauf basierenden Beschlüsse für rechtsunwirksam.

Der Stadtratsvorsitzende erläutert nochmals, dass aufgrund der Rüge der Tagesordnungspunkt abzusetzen war. Die Sitzung werde ohne diesen TOP rechtssicher durchgeführt.

Herr Walther und Herr Gotthelf beharren darauf, dass nach der Geschäftsordnung des Stadtrates zu verfahren sei und berufen sich auf § 23 GeschO, nach dem Abweichungen nur zulässig sind, wenn kein Mitglied des Stadtrates widerspricht. Dies sei hier jedoch nicht der Fall. Auf Hinweis des Stadtratsvorsitzenden auf die Regelungen in der Kommunalverfassung erklärt Herr Gotthelf, dass die Regelung im § 55 KVG LSA nur eine Kann-Bestimmung darstellen würde, die jedoch nicht in die Geschäftsordnung des Stadtrates übernommen wurde. Deshalb sei gemäß Geschäftsordnung zu verfahren.

(Anmerkung: Die Aussagen der Fraktion wurden auf Antrag von Herrn Gotthelf wörtlich in die Niederschrift übernommen.)

Die Sitzung wird zur Beratung mit dem Justiziar der Stadt und den Fraktionsvorsitzenden unterbrochen.

(Ab jetzt Herr Riemer anwesend = 37 Mitglieder)

Im Ergebnis der Beratung verliert der Stadtratsvorsitzende die Regelung des § 55 Abs. 1 Satz 3 KVG LSA. Gemäß dieser Regelung ist der gerügte Tagesordnungspunkt abzusetzen. Es verbleibt demnach bei der getroffenen Entscheidung.

Weitere Anträge auf Änderung der Tagesordnung gibt es nicht. Die vorliegende Tagesordnung ist damit - einschließlich der Änderung zu TOP 18 - angenommen.

4. Einwohnerfragestunde

Keine Anfragen.

5. Entscheidung über Einwendungen und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung des Stadtrates

Einwendungen gegen die Niederschrift wurden nicht erhoben. Die Niederschrift der Sitzung vom 29. 6. 2017 gilt somit als anerkannt.

6. Bericht über die von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse

Zu dem vom Hauptausschuss gefassten Beschluss gibt es keine Anfragen.

7. Berufung Ortswehrleiter und stellvertretender Ortswehrleiter Weißenfels der Freiwilligen Feuerwehr

Beschluss SR 344-34/2017

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt:

- 1.) Die Berufung von Herrn Steve Homberg in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit sowie die Übertragung der Funktion Ortswehrleiter Weißenfels der Freiwilligen Feuerwehr Weißenfels zum 11.08.2017 für die Dauer von 6 Jahren.
Abstimmung: dafür: 35 dagegen: 1 Enth.: 1
- 2.) Die Berufung von Herrn Benjamin Köhn in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit sowie die Übertragung der Funktion stellvertretender Ortswehrleiter Weißenfels der Freiwilligen Feuerwehr Weißenfels zum 11.08.2017 für die Dauer von 6 Jahren. Weiterhin wird Herrn Köhn die Aufgabe Aus- und Fortbildung der Wehr übertragen.
Abstimmung: dafür: 37 dagegen: 0 Enth.: 0

8. Abberufung und Neuberufung eines sachkundigen Einwohners im Stadtentwicklungsausschuss

Beschluss SR 345-34/2017

1. Der Stadtrat der Stadt Weißenfels stellt die Beendigung der Mitgliedschaft von Herrn Jens Hoffmann als sachkundiger Einwohner im Stadtentwicklungsausschuss zum 31.07.2017 fest.
Abstimmung: dafür: 37 dagegen: 0 Enth.: 0
2. Der Stadtrat der Stadt Weißenfels stellt die Mitgliedschaft von Herrn Christian Lehmann-Raschdorf als sachkundiger Einwohner im Stadtentwicklungsausschuss zum 11.08.2017 fest.
Abstimmung: dafür: 37 dagegen: 0 Enth.: 0

Herr Lehmann-Raschdorf wird über die Pflichten ehrenamtlich Tätiger gemäß §§ 30 bis 34 KVG LSA belehrt. Die Belehrung wird hiermit aktenkundig gemacht.

9. Verleihung der Ehrenbezeichnung "Verdiente Bürgerin" der Stadt Weißenfels

Beschluss SR 346-34/2017

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt, Frau Dr. Maren Hoffmann die Ehrenbezeichnung „Verdiente Bürgerin“ der Stadt Weißenfels zu verleihen.

Abstimmung: dafür: 36 dagegen: 0 Enthaltung: 1

10. Neubau Straßenbeleuchtungsanlage A.-Lortzing-Str. u. Teilstück Th.-Müntzer-Str.

Beschluss SR 347-34/2017

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt,

1. die Erneuerung der Straßenbeleuchtungsanlage in der Albert-Lortzing-Straße und der Thomas-Müntzer-Straße I in Weißenfels gemäß Richtlinie über die Beteiligung der Beitragspflichtigen vom 28.01.2008 Ziffer IV/3 nicht unter den Zustimmungsvorbehalt der Beitragspflichtigen zu stellen,

2. die Teileinrichtung Straßenbeleuchtung in der Albert-Lortzing-Straße sowie in der Thomas-Müntzer-Straße I nach endgültiger Herstellung abzurechnen,

3. dem Bauprogramm zur Erneuerung der Straßenbeleuchtungsanlage Albert-Lortzing-Straße und Teilstück Thomas-Müntzer-Straße in Weißenfels

- erdverlegte Kabelanlage
- einseitige Beleuchtung
- technische LED-Leuchten
- Lichtpunkthöhe ca. 5 m

zuzustimmen.

Abstimmung: dafür: 27 dagegen: 10 Enthaltung: 0

11. Vorkaufrechtssatzung Gewerbegebiet „Am Sandberg“

Beschluss SR 348-34/2017

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt die vorliegende Vorkaufrechtssatzung bezüglich des Gewerbegebietes „Am Sandberg“.

Abstimmung: dafür: 33 dagegen: 3 Enthaltung: 1

12. Bebauungsplan Nr. 13 "Lützenscher Platz" der Stadt Bad Dürrenberg - Stellungnahme der Stadt Weißenfels

Beschluss SR 349-34/2017

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt folgende Stellungnahme:
Zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 13 „Lützenscher Platz“ der Stadt Bad Dürrenberg bestehen keine Einwände.

Abstimmung: dafür: 37 dagegen: 0 Enthaltung: 0

13. Stellungnahme zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr.10 Gewerbegebiet "Am Hohen Stein 2" der Gemeinde Schönburg

Beschluss SR 350-34/2017

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt folgende Stellungnahme abzugeben.
Zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr.10 Gewerbegebiet „Am Hohen Stein 2“ der Gemeinde Schönburg bestehen keine Einwände.

Abstimmung: dafür: 37 dagegen: 0 Enthaltung: 0

14. 1. Sachliche Teiländerung (Fortschreibung) des Flächennutzungsplanes der Stadt Mücheln - Stellungnahme der Stadt Weißenfels

Beschluss SR 351-34/2017

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt folgende Stellungnahme:
Zum Vorentwurf der 1. Sachlichen Teiländerung (Fortschreibung) des Flächennutzungsplanes der Stadt Mücheln bestehen keine Einwände.

Abstimmung: dafür: 37 dagegen: 0 Enthaltung: 0

15. Optionserklärung zum Umsatzsteuergesetz

Der Oberbürgermeister und Frau Dr. Hoffmann geben Erläuterung zu den Fragen der Stadträte u.a., was zurückgenommen werden soll, warum die Stadt Weißenfels in dieser Sache „vorprescht“, wie der Vorsteuerabzug genutzt wird und dass noch nicht abschließend klar ist, für welche Leistungen letztendlich Umsatzsteuer zu erheben ist.

Beschluss SR 352-34/2017

Hiermit erklärt die Stadt Weißenfels die Rücknahme der Optionserklärung vom 15.12.2016 zur fortgesetzten Anwendung der Regelungen des § 2 Abs. 3 UStG in der am 31. Dezember 2015 geltenden Fassung entsprechend Übergangsregelung in § 27 Absatz 22 UStG und erklärt gleichzeitig die Anwendung des § 2b UStG (Artikel 12 des Steueränderungsgesetzes 2015 vom 2. November 2015, BGBl. I S. 1834) zum 1. Januar 2017.

Abstimmung: dafür: 32 dagegen: 0 Enthaltung: 5

16. Antrag der Fraktion DIE LINKE - Prüfung der Einordnung der Straßen vor Entstehung der Beitragspflicht

Herr Klitzschmüller begründet nochmals ausführlich den Antrag der Fraktion. Es werde nicht die pauschale Überprüfung aller Straßen in Weißenfels gefordert, sondern nur die Überprüfung derjenigen Straße, für die eine konkrete beitragspflichtige Baumaßnahme anstehe. Er beantragt eine namentliche Abstimmung.

Der Stadtrat diskutiert nochmals die Thematik.

Der Antrag auf namentliche Abstimmung wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmung: dafür: 16

Die erforderliche Mehrheit (Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Stadtrates = 19) wurde nicht erreicht. Damit ist der Antrag abgelehnt. Es wird eine normale Abstimmung durchgeführt.

Beschluss SR 353-34/2017

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Prüfung der Einordnung der Straßen vor Entstehung der Beitragspflicht wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmung: dafür: 18 dagegen: 15 Enthaltung: 3

Es wird festgestellt, dass bei 37 anwesenden Stadträten 1 Stimme bei der Auszählung nicht erfasst wurde. Der Stadtratsvorsitzende ordnet eine erneute Zählung an. Die erneute Zählung ergibt folgendes Ergebnis:

Abstimmung: dafür: 18 dagegen: 18 Enthaltung: 1

Auf Grund der Stimmengleichheit ist der Antrag gemäß § 56 Abs. 2 KVG LSA abgelehnt.

17. Antrag der Fraktion DIE LINKE: Prüfung auf korrekte Einordnung der Großen Deichstraße hinsichtlich des Straßentyps

Der Antrag wurde im Stadtentwicklungsausschuss von der einreichenden Fraktion zurückgezogen. Grundlage war die Aussage der Verwaltung, dass alle anliegenden Grundstücke in die spätere Beitragserhebung einbezogen werden. Herr Klitzschmüller erklärt, dass nach einem Gespräch mit Herrn Bischoff festgestellt werden musste, dass nicht alle Grundstücke einbezogen werden. Er beantragt aufgrund dieser veränderten Sachlage eine Zurückweisung des Antrages in den Stadtentwicklungsausschuss und eine erneute Diskussion dazu.

Abstimmung: dafür: 37 dagegen: 0 Enthaltung: 0

Damit ist der Antrag auf Verweisung angenommen.

19. Beantwortung von Anfragen

Folgende Antworten der Verwaltung liegen schriftlich vor:

- Richtlinie Veröffentlichung von Dokumenten im Ratsinformationssystem
- Engagement bei der Freiwilligen Feuerwehr
- Verkehrsspiegel Burgwerbener Straße

20. Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen OB:

Der Oberbürgermeister informiert den Stadtrat, dass zurzeit eine hohe Arbeitsbelastung der Verwaltung durch die Beantwortung von Anfragen und die Abgabe von Stellungnahmen an verschiedene Stellen vom Land bis zum Stadtrat zu den unterschiedlichsten Themen zu verzeichnen ist. Er weist darauf hin, dass damit ein großer Anteil an Arbeitszeit für nützliche Maßnahmen und Projekte verlorengeht. Er spricht die Fraktion BfG-WV/GRÜNE an und fragt, ob es deren Ziel sei, die Verwaltung lahmzulegen. So werde u.a. Auskunft über finanzielle Ausgaben der Stadt über einen weit zurückliegenden Zeitraum gefordert. Der Zweck der Anfrage werde jedoch nicht genannt.

Mitteilungen Stadtratsvorsitzender:

- Digitale Gremienarbeit
Der Stadtratsvorsitzende informiert die Mitglieder des Stadtrates, dass ab 1. 9. 2017 offiziell auf die digitale Gremienarbeit umgestellt wird. Ab diesem Zeitpunkt werden keine Papier-Unterlagen mehr versendet. Er weist alle Stadträte in diesem Zusammenhang auf ihre Mitwirkungspflichten hin:
 - Das Mandatos iPad ist in regelmäßigen Abständen mit Strom zu versorgen um sicherzustellen, dass alle Mitteilungen im E-Mail-Postfach empfangen werden können.
 - Das iPad ist vor einer Sitzung vollständig aufzuladen, um die maximale Betriebsdauer für den Sitzungsverlauf sicherzustellen.
 - Die Sitzungsunterlagen sind rechtzeitig aus Session-Net herunterzuladen, um auch bei Störungen der Internetverbindung im Bereich lokale Daten offline arbeiten zu können.
 - Das Mandatos iPad ist regelmäßig zu benutzen. Alle Mitteilungen, Einladungen und Hinweise werden ausschließlich auf das persönliche Mandatsträger-E-Mail-Postfach zugestellt.
- Die Fraktion CDU-FDP entsendet Herrn Jörg Riemer in den Aufsichtsrat der WWV GmbH (Nachfolger für Herrn Spengler).
- Durch Eheschließung heißt Veit Raczek nun Veit Richter.
- Im Rahmen der Städtepartnerschaft wurde das Jugendcamp unter der Leitung von Mario Kabisch-Böhme dieses Jahr in Komarno durchgeführt.
- Alle Stadträte werden gebeten, sich am Schlossfestumzug zu beteiligen.

Herr Klitzschmüller verwarft sich dagegen, dass die Stadträte vom Oberbürgermeister so dargestellt werden, dass sie der Verwaltung das Leben schwer machen. Herr Risch erläutert seine Aussage. Die Stadträte werden lediglich gebeten, Ziel und Zweck bei sehr umfangreichen Anfragen und Anliegen zu nennen.

Anfragen:

Frau Erben weist auf die Geruchsbelästigung in der Bahnhofshalle hin. Bei der Säuberung müsse auch dies mit beachtet werden. Die Fenster, die auf die Sehenswürdigkeiten der Stadt hinweisen, sind voller Spinnweben.

Herr Kabisch-Böhme erklärt seine Betroffenheit über die als Inszenierung empfundene Aktion der Fraktion BfG-WV/GRÜNE wegen zwei fehlender Seiten eines Tagesordnungspunktes. Das Problem hätte mit einem Anruf im Büro Stadtrat umgehend beseitigt werden können. Offensichtlich gehe es der Fraktion jedoch nicht mehr um die eigentliche Sachangelegenheit. Herr Walther erklärt darauf, dass die Schuld beim Oberbürgermeister liege. Durch ihn werden Auskünfte nicht erteilt und Fragen verfälscht. Er versuche, die Fraktion lächerlich zu machen. Frau Schlegel bittet die Fraktion BfG-WV/GRÜNE ausdrücklich, bis zur nächsten Sitzung eine Begründung für die gewünschte Akteneinsicht zu geben.

Frau Erben fragt an, wie der Stand zur Nutzung des Bahnhofsgebäudes ist. Der Oberbürgermeister verweist auf den gestellten Fördermittelantrag für die Bahnhofstraße und die Notwendigkeit des Erwerbs der Straße am Güterbahnhof. Erst dann könne eine Konzeption erarbeitet werden. Die Priorität liege bei all den bereits schon geplanten und noch umzusetzenden Baumaßnahmen in der Stadt nicht ganz oben.

Herr Walther informiert, dass die Fraktion BfG-WV/GRÜNE einen Antrag bezüglich des sozialen Notstandes von Werksvertragsarbeitern der Fa. Tönnies und deren Unterbringung in der Neustadt von Weißenfels im Büro Stadtrat eingereicht hat. Herr Freiwald weist darauf hin, dass die Behandlung von Anträgen, die nicht in die Zuständigkeit des Stadtrates fallen, abgelehnt werden muss.

Ende der öffentlichen Sitzung.

Jörg Freiwald
Stadtratsvorsitzender

Birgit Knittel
Protokollführerin

Nichtöffentlicher Teil

Öffentlicher Teil

21. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Die Öffentlichkeit wird wieder hergestellt. Es waren keine Bürger mehr anwesend.

22. Schließung der Sitzung

Der Stadtratsvorsitzende schließt die Sitzung.

Jörg Freiwald
Vorsitzender

Birgit Knittel
Protokollführerin